

KOSTENLOS

Gegegenwind

Zeitung für Arbeit, Frieden, Umweltschutz

Nummer 167

Wilhelmshaven

April 2001

DIE TOTEN AUGEN DER SÜDSTADT

KANN DAS FÖRDERPROGRAMM „SOZIALE STADT“ DIE SÜDSTADT VOR DEM VERFALL RETTEN?



Tendenzen

Die Südstadt wurde ins Förderprogramm „Soziale Stadt“ aufgenommen. Auf [Seite 3](#) gehen wir der Frage nach, wie kaputt ein Stadtteil sein muss, um gefördert zu werden.

Das TCN ist eines der Lieblingskinder unserer Politiker – wurde hier doch bewiesen, dass die Schaffung neuer Arbeitsplätze in den ehemaligen Olympia-Hallen möglich ist. Doch wie sieht es mit der Qualität der Arbeitsplätze aus? Wir berichten auf [Seite 4](#) über eine Gewerkschaftsaktion vor den Toren des Call-Centers Sykes.

Auf [Seite 5](#) heißt es Golo, Golo plus und Golo Schluss. Es geht um die Ausbildung.

Der Stadt Wilhelmshaven gelingt es immer wieder, negative Schlagzeilen zu produzieren. So richtig negativ werden die Schlagzeilen erst durch die Politik des Verharmlosens und Leugnens – so auch beim Millionenminus der WPG, wie wir auf [Seite 6](#) nachweisen. Wie lange braucht Wilhelmshaven, um wieder auf dem alten Schuldenberg zu sitzen? Es werden noch Wetten angenommen.

Der Gegenwind vermerkt's mit Freude: Wilhelmshavens Grüne melden sich endlich mal wieder zu Umweltthemen zu Wort. „Tendenz contra Umwelt“, mit diesem Zitat von Werner Biehl ist unser Artikel auf [Seite 8](#) überschrieben.

Wurde die Niedersächsische Gemeindeordnung geändert, damit Oberstadtdirektor Schreiber noch bis zum Ende seines Vertrages neben seinem gewählten Nachfolger agieren kann? Auf [Seite 10](#) gibt es Hintergründe.

Unsere Bundestagsabgeordnete Gabriele Iwersen ist nicht gerade der Star der Rednerliste des Bundestages. In der Februarsitzung stand sie aber am Rednerpult und sprach über Siedlungsflächen. Auf [Seite 12](#) erfahren Sie einiges über Gabys Erkenntnisse, über eine Rede, die sie im Wilhelmshavener Rathaus sicher nicht hätte halten dürfen.

Nachrichten

■■■Der Niedersächsische Flüchtlingsrat e.V. hat zur Abschiebung der Familien Bachir und Ramadan (siehe Gegenwind 166) Stellung bezogen. Wir veröffentlichen Teile der Stellungnahme.

„Formalrechtlich waren die Abschiebungen zulässig. Allerdings hätte die Ausländerbehörde den Abschiebungstermin gemäß der vorliegenden Erlasslage vorher ankündigen müssen. Zumindest hätte die Ausländerbehörde dann rechtzeitig von der bevorstehenden Heirat von Manal erfahren und ihre Abschiebung gestoppt. Die überfallartige Abschiebung im Morgengrauen war angesichts der langen Aufenthaltsdauer der Familie in Deutschland unverhältnismäßig und inhuman.“

Das eigentliche Problem aber sind die rigiden ausländerrechtlichen Bestimmungen, die eine Abschiebung von Familien mit Kindern und das Auseinanderreißen von Familien auch nach 10 Jahren Aufenthalt in Deutschland möglich machen, selbst wenn ein Teil der Familie eine Aufenthaltsgenehmigung besitzt. Der nds. Innenminister hat erst gestern den von der EU vorgeschlagenen Rechtsanspruch auf einen Familiennachzug abgelehnt und vorgeschlagen, den Zuzug von Angehörigen durch die Festlegung von Quoten zu verzögern. Eine solche Politik der „Scheidung von Staats wegen“, die Ehepartner voneinander und von ihren Kindern trennt, wird von uns scharf verurteilt.

Innenminister Bartling setzt wie sein Amtskollege auf Bundesebene zunehmend auf die Anwerbung ausländischer Fachkräfte, während Flüchtlinge als „unproduktive Kostgänger“ rücksichtslos abgeschoben werden. Die Familie Bachir/Ramadan wäre aufgrund der Dauer ihres Aufenthalts unter die Bleiberechtsregelung vom 19.11.1999 gefallen, wenn sie eine Arbeit hätte nachweisen können. Eine Arbeitslaubnis wurde den Betroffenen aber immer wieder mit der Begründung abgelehnt, es ständen „bevorrechtigte“ Arbeitnehmer zur Verfügung. Diese Politik ist schäbig und inhuman, insbesondere im Hinblick auf die hier aufgewachsenen Kinder. Wir fordern, dass Flüchtlinge mit langjährigem Aufenthalt nicht abgeschoben werden, sondern endlich ein dauerhaftes Bleiberecht erhalten, qualifiziert und in den Arbeitsmarkt integriert werden.“

Manal Ramadan, die, obwohl sie kurz vor der Hochzeit mit einem Deutschen stand, am 7. Januar abgeschoben wurde, hat inzwischen eine Einreisegenehmigung nach Deutschland bekommen – jetzt verweigern die syrischen Behörden ihr die Ausreise! Samir Ramadan,

der nach seiner Abschiebung zweimal von den syrischen Behörden festgenommen wurde, befindet sich wieder auf freiem Fuß: Er konnte sich mit dem Geld, das er zum Aufbau einer Existenz in Syrien benötigte, freikaufen. (hk)

■■■Irritiert waren FreundInnen der klassischen Musik über zwei Kritiken zum Konzert des Tschairowsky Sinfonieorchesters des Moskauer Rundfunks in der Stadthalle. Die Besprechungen von Ernst Richter im Jeverschen Wochenblatt und von Norbert Czyz in der WZ (jeweils vom 19.3.) erwecken den Anschein, als seien die Autoren auf verschiedenen Veranstaltungen gewesen. Czyz beschreibt den Dirigenten Thomas Sanderling, der als Sohn des großen Dirigenten Kurt Sanderling in der WZ-Ankündigung noch ordentlich Vorschusslorbeeren erhalten hat, als in seinen Bewegungen „verkrampt, unpräzise und stereotyp“ und schreibt die teilweise Rettung des Abends dem Orchester zu, indem es den Dirigenten ignorierte, wenn gleich es eine „gewisse Unentschlossenheit“ zeigte. Zwischen dem hoch dotierten Solisten Oleg Maisenberg am Piano und dem Orchester stellte sich laut Czyz „keine organische Einheit her“. Zudem werden dem Pianisten Fehler im Tempo vorgeworfen.

Richter hingegen spricht von einem „großartige Konzert“, hat eine „musikalische Kostbarkeit, ein Kleinod moderner Klavierinterpretation“ fühlbar genossen. Der Pianist wirkte auf ihn konzentriert, mit dem Orchester unter Sanderling als „einfühlsame Begleitung“. Leider konnte unsere Kulturredaktion sich zu diesem Abend keinen eigenen Eindruck verschaffen. Czyz zufolge müssten wir darüber erleichtert sein, Richter zufolge uns schrecklich ärgern, etwas verpasst zu haben. Insgesamt tendieren wir eher zu letzterem. In seiner doppelten so langen Kritik (1/3 Seite) vermittelt Richter sehr viele Hintergrundinformationen zur Entstehung, zum Aufbau und zum Charakter der gespielten Stücke und somit eine viel stärkere musikalische wie seelische Verbindung zwischen Komponisten, Interpreten und Zuhörer.

Einig sind sich die beiden allerdings in ihrer Schelte am („klatschwütigen“ – Richter) Wilhelmshavener Publikum, das durch heftigen Applaus an der falschen Stelle die Musiker irritierte oder sogar verletzte. Wo für Czyz



Alten- und Pflegeheim Nüsse

Inh. J. Nüsse

Auf uns können Sie sich verlassen... immer!

- Hohe Wohnqualität in Einbett- und Zweibettzimmern mit eigenen Möbeln oder möbliert
- Ärztliche Betreuung durch freie Arztwahl oder Betreuungsarzt
- Interessante Freizeitgestaltung innerhalb und außerhalb des Hauses
- Unser Haus liegt in der Ortsmitte von Hooksiel und doch ruhig in einer Seitenstraße

Daunstraße 31 * 26434 Wangerland/Hooksiel
Tel. 04425 / 749 * Fax 04425 / 1582

„der verfrühte Schlussapplaus zur kräftigen Blamage für das jadestädtische Publikum“ geriet, sagt es Richter den Klatschern noch drastischer: „Sie haben sicher von der tiefgreifenden Wirkung der Schlusscoda rein gar nichts verstanden“.

■■■Der Banter Bürgerverein hatte auf seiner Sitzung am 22.3. hohen Besuch: Stadtbaurat Kottek war gekommen, um mit den Bantern über das Förderprogramm „Soziale Stadt“ zu reden. Doch da hatte der Stadtbaurat die Rechnung ohne den Wirt gemacht: Nachdem er kurz vorgestellt hatte, welche Möglichkeiten sich für Bant aus dem Förderprogramm ergeben und er um Diskussionsbeiträge bat, wendete sich das Blatt: in Sekundenschnelle war das Förderprogramm kein Thema mehr. Die Banter Bürger bombardierten Kottek mit ihren Problemen. Da war ein Gully zu tief, ein Radweg zu schmal, LKWs, die auf PKW-Parkplätzen parkten, überlaufende Papiercontainer, kaputte Straßen und so weiter und so fort. Auf den Punkt brachte ein Diskussteilnehmer die Stimmung in Bant: Seit Jahrzehnten haben die Politiker keinen Finger für Bant gerührt, Gelder, die für Bant bestimmt waren, versickerten im Ausbau des Börsenplatzes, in Bant gibt es kein Vertrauen zu den vollmundigen Äußerungen von Politik und Verwaltung.

Stadtbaurat Kottek, der, wie der Bürgervereinsvorsitzende Felix Haubrich ausdrücklich betonte, viel für den Stadtteil getan hat, hatte nun keine Chance mehr, das Konzept der „Sozialen Stadt“ vertiefend darzustellen. Auch wenn die Veranstaltung nicht das Ziel erreichte, über die Konzeption und die Chancen für Bant durch das Sonderförderprogramm zu diskutieren, wurde allerdings deutlich, dass ein Förderprogramm für die Südstadt überfällig ist. (hk)

winkler TV

TV • Video • HiFi
ist unsere Sache
Beratung Verkauf Reparatur
Störtebekerstraße 3 - Edo-Wiemken-Straße 8
☎ 93 29-0 Fax 93 29-19 📺 rund ums Haus

FLAIR DES KAPUTTEN

BANT UND SÜDSTADT IM FÖRDERPROGRAMM „SOZIALE STADT“

(hk) Im Wettstreit der Stadtteile Fedderwardergroden und Bant/Südstadt um den Millionensegen aus dem Landesförderprogramm „Soziale Stadt“ hatte F'groden das Nachsehen. Das bedeutet nun allerdings nicht, dass die Südstädter darauf stolz sein können, belegt es doch nur, dass dieser Bereich noch kaputter ist als der Stadtnorden.

Wie schlimm es um die Südstadt¹⁾ steht, belegt eine Untersuchung des Forschungsinstituts Region und Umwelt (FORUM) der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg, die im Auftrag des Stadtplanungsamtes erstellt wurde. In der Vorbemerkung der Untersuchung heißt es: „Aufgrund ihrer zentralen Lage, des umfangreichen und differenzierten Angebots an Wohnungen und Gewerbeflächen, der großen Zahl von Betrieben, kulturellen und sozialen Einrichtungen hat die Südstadt große Bedeutung für die Entwicklung der Stadt Wilhelmshaven. (...)“

Die Südstadt ist aktuell durch unterschiedliche Probleme belastet:

- große Teile des Altbau-Wohnungsbestandes genügen nicht heutigen Ausstattungsstandards und sind ungenügend instandgehalten;
- städtebauliche Missstände wie untergenutzte Grundstücke, Brachflächen, Leerstände von Wohnungen und Läden und vernachlässigte Gebäude prägen das Bild;
- die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage in Wilhelmshaven, von der die Südstadt besonders stark betroffen ist, hat ihre Entwicklung zu einem Problemgebiet befördert. Eine zunehmende Verarmung der Bewohner und eine soziale Entmischung sind zu beobachten; hier konzentrieren sich Sozialhilfebezieher, Arbeitslose, ausbildungslose Jugendliche, Ausländer und Personen mit schwierigem Sozialverhalten; soziale Spannungen nehmen zu;
- die sinkende Kaufkraft der Bewohner und die massive Konkurrenz durch das neue Einkaufszentrum am Bahnhof bedrohen die

Überlebensfähigkeit des Versorgungsgewerbes;

- für die Gebietsbewohner fehlen berufliche Qualifizierungs- und Ausbildungsmöglichkeiten – sie haben dadurch auf dem städtischen Arbeitsmarkt schlechte Startbedingungen.

Die soziale Lage der Südstadt lässt sich auch an harten Zahlen darstellen. In der Südstadt wohnen ca. 10.000 Menschen, davon sind 35% arbeitslos, 32% erhalten Sozialhilfe, der Ausländeranteil liegt mit 13,5% weit über dem Durchschnitt Wilhelmshavens (~5%).

Auch die Bebauung der Südstadt weist große Defizite auf. So gibt es in der Südstadt, abgesehen von einigen Spielplätzen, kaum Grünflächen. Die Blockinnenflächen sind versiegelt und werden meist als Garagenhöfe und Stellplätze für Autos genutzt. Brachflächen und untergenutzte Grundstücke konzentrieren sich am Handelshafen und im Bereich westliche Marktstraße. Massive Leerstände gibt es im Bereich der westlichen Marktstraße, der Börsen-, Mellum- und der Weserstraße. Das Gesicht der Marktstraße ist durch Ladenleerstände geprägt. Hoch ist auch der Anteil von Gebäuden, in denen die Wohnungen nicht mehr vermietbar sind. „Leerstände einzelner Wohnungen oder sogar ganzer Gebäude sind deutlich wahrnehmbar und prägen in einigen Abschnitten bereits das Straßenbild. (...) Viele Baulücken sind auch als Lagerflächen und Abstellplätze für Autos untergenutzt, Brachen als wilde Müllkippen genutzt. Diese Situation beeinträchtigt die Außenwirkung und verleiht dem Gebiet das Flair des Kaputten, macht es unattraktiv.“ (FORUM)

Als besonders großes Problem beschreibt die Untersuchung die große Zahl von Haushalten mit wirtschaftlichen und sozialen Problemen. In der Südstadt konzentrieren sich Sozialhilfeempfänger und Erwerbslose, der Anteil hilfebedürftiger Haushalte, straffälliger Jugendlicher, Alkohol- und sonstiger Drogenabhängiger ist sehr hoch. „Diese Gruppen sind immer weniger fähig, friedlich miteinander in ihrem Stadtteil zu leben. Zum Straßenbild gehören Gruppen mit auffälligem Verhalten, die die Aufenthaltsqualität und das Sicherheitsgefühl auf Straßen und Plätzen be-

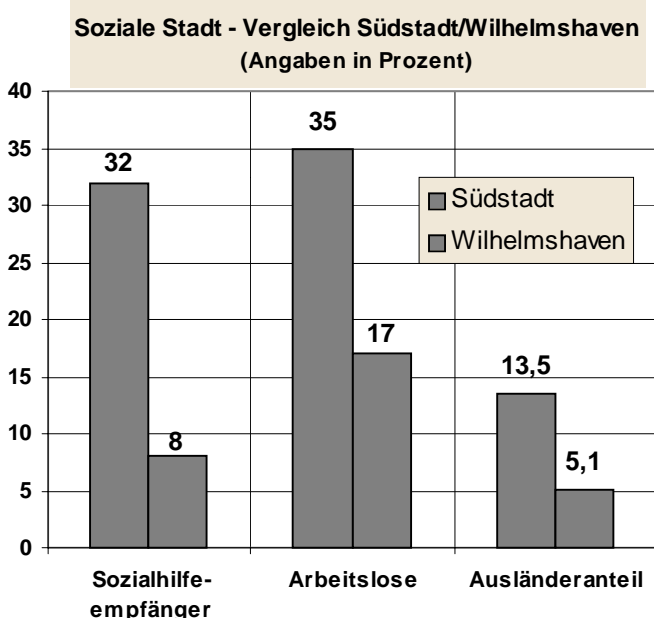


einträchtigen. All dies deutet auf einen erheblichen Handlungsbedarf für die Sozial- und Gemeinwesenarbeit hin.“ So ist es beinahe zwangsläufig, dass auch die Kriminalität im Untersuchungsbereich besonders hoch ist. 13,1% der Wilhelmshavener Jugendlichen zwischen 14 und 19 Jahren stammen aus der Südstadt, sie stellen aber 30% der Täter bei Delikten wie Diebstahl, Vandalismus, Körperverletzung, Sachbeschädigung usw. Auffällig dabei ist, dass nur 10% der Straftaten im eigenen Stadtteil begangen werden.

Die Autoren der Untersuchung befürchten, dass sich die Situation in der Südstadt noch weiter verschlechtern wird. „Die Probleme der sozialen und wirtschaftlichen Schwäche und die Konzentration sozialer Problemgruppen im Untersuchungsgebiet werden sich ohne Gegenmaßnahmen voraussichtlich verstärken, zu sehr weisen die Bedingungen auf eine Trendverstärkung der Bedingungen hin.“ Es wird zu einem weiteren Zuzug einkommenschwacher Haushalte kommen, gleichzeitig werden einkommensstärkere Haushalte den Stadtteil verlassen. „Die Konsequenz wird eine weitere Konzentration sozial benachteiligter Gruppen, soziale Entmischung und Stigmatisierung des Stadtteils sein.“

Mit dem Förderprogramm „Soziale Stadt“ soll jetzt versucht werden, der Entwicklung Einhalt zu gebieten und eine Trendwende im Stadtteil einzuleiten. Ob die Südstadt sich zur „Boomtown“ (Stadtbaurat Klaus-Dieter Kottek) entwickeln kann, was konkret geplant ist und wie die BürgerInnen der Südstadt diese Aufgabe angehen können, wird Thema im nächsten Gegenwind sein. □

¹⁾ Wenn hier von Südstadt die Rede ist, ist immer der Bereich gemeint, der sich aus den Bereichen der Stadtteile Bant und Südstadt zusammensetzt, in denen das Förderprogramm Anwendung findet. Siehe Karte.



TRIANGEL
second-hand-shop

An- und Verkauf von
Schallplatten und CD's
HiFi-Komponenten, Literatur + Comics
u.v.m.

Bahnhofstraße 7 • 26382 Wilhelmshaven
Tel. (04421) 4 21 84

EIN KONZERN – VIELERLEI LÖHNE

BEI SYKES TUT SICH WAS

(noa) „Die Arbeit ruft – rufen Sie zurück!“ So lange ist es noch nicht her, dass viele Menschen aus Wilhelmshaven und Umgebung dieser Aufforderung gefolgt sind. Im TCN fanden sie Arbeit und Brot beim Telekommunikationsunternehmen Sykes. Gottseidank? Na ja...

Sykes hat nicht nur ein Call-Center in Roffhausen, sondern gleiche Betriebe u.a. in Hamburg, Hannover, Parsewalk, Merseburg, München, Bochum. Die Löhne sind jedoch recht unterschiedlich. Bekommen Call-Center Agents bei Sykes in Hamburg 19,50 DM pro Stunde, müssen ihre KollegInnen im TCN sich mit 13,50 DM begnügen. Nur am Standort Parsewalk, an der polnischen Grenze gelegen, ist die Bezahlung noch schlechter als in Roffhausen. Die besseren Stundenlöhne in Hamburg sind dem Umstand zu verdanken, dass es dort seit ca. einem ¼ Jahr einen Betriebsrat gibt.

Aus gewerkschaftlicher Sicht sind die in Roffhausen und Parsewalk gezahlten Löhne ein Unding, und so besuchten VertreterInnen der Deutschen Postgewerkschaft am 13. März den Betrieb. Ganz dicht ran kamen sie nicht, denn die Betreibergesellschaft DIBAG untersagte eine Aktion direkt vor den Call-Centern. Bis zur Straße reicht das Hausrecht der DIBAG aber nicht, und so postierten die GewerkschafterInnen sich mit ihrem Infomobil vor Tor 1 und vor dem neuen Gebäude der Sykes.

Die Aktion

Die Resonanz bei den Sykes-Beschäftigten fiel recht unterschiedlich aus. Einige mochten sich auf gar kein Gespräch einlassen, und unter denen, die mit den DPGLern sprachen, gab es tatsächlich drei, die von Anfang an dort arbeiten und rundum zufrieden sind. Erstaunt stellten die Gewerkschafter fest, dass die Sykes-Beschäftigten sich gar nicht unbedingt als KollegInnen eines Unternehmens sehen, sondern sich offenbar mehr über die Firmen definieren, die Sykes beauftragen und für deren Aufträge sie jeweils tätig sind. Viele nahmen die Informationsmaterialien und Aufnahmeanträge mit, und ein Mitarbeiter trat direkt vor Ort der Gewerkschaft bei. Kurz

nach der Aktion wurde ja – wie vermutlich alle unsere LeserInnen mitbekommen haben – in Berlin die Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft gegründet. Mit einem Mitglied im Betrieb hat ver.di das Recht, auch in den Betrieb zu gehen, und beim nächsten Besuch werden die GewerkschafterInnen nicht mehr draußen im Regen stehen und frieren, wie es am 13. März noch der Fall war.

Wie kann es weitergehen?

Der nächste Schritt wird es sein, die Wahl eines Betriebsrates zu organisieren. Dass ein Betriebsrat dringend notwendig ist, dafür sprechen nicht nur die mageren Stundenlöhne am Standort Roffhausen. Auch die Arbeitszeitregelungen, speziell die Gesamtarbeitszeiten am Bildschirm, müssen überprüft werden. Seit Bestehen der Sykes-Filiale im TCN haben zahlreiche Beschäftigte ihren Arbeitsplatz dort schon nach sehr kurzer Zeit wieder aufgegeben, weil sie sich durch die Arbeitsbedingungen überfordert fühlten. Bei der hohen Arbeitslosigkeit in unserer Region bereitet das der Unternehmensführung keinen Druck, etwas zu verbessern oder zu erleichtern, denn Nachschub an Arbeitskräften gibt es jederzeit. Ein Betriebsrat wird da hilfreich sein.

Unterstützung wird der Betriebsrat im „ver.di-Projekt Call-Center Niedersachsen/Bremen“ finden. Die Vorgängerorganisationen von ver.di – die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV), die Industriegewerkschaft Medien (IG Medien), die Deutsche Postgewerkschaft (DPG), die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) und die Deutsche Angestelltengewerkschaft (DAG) – arbeiten in dieser Projektgruppe zusammen, um ihre Leitbilder unter dem Motto „Arbeit in Call-Centern human und produktiv gestalten“ zu verfolgen.

Die Leitbilder

Die Projektgruppe strebt eine Imageverbesserung der Call-Center-Branche an. Sie erklärt dazu: „Das Image von Call-Centern wird darüber bestimmt, wie die Beschäftigten der Branche ihre Arbeitsbedingungen beschreiben. Wir wollen helfen, dieses Erscheinungsbild zu verbessern, indem wir den Beschäftigten helfen,



ihre Arbeitsbedingungen in ihrem Sinne zu gestalten. Dies geschieht vor allem auch dadurch, dass wir den Versuch unternehmen, die Rahmenbedingungen in der Call-Center-Branche anzu-gleichen.“

Wie notwendig das ist, zeigt sich in diesen Tagen bei Sykes in Hannover. 200 Arbeitskräfte (der komplette Auskunftsbereich) sollen dort entlassen werden; ihre Arbeit soll nach Parsewalk verlagert werden. Das Unternehmen will auf Kosten der Beschäftigten in Hannover eine Menge Geld sparen. Für den Fall, dass ein Sozialplan durchgesetzt werden sollte und die Ersparnis dadurch geschmälert würde, drohte Sykes zunächst kurzerhand mit der Entlassung aller 500 Beschäftigten. Jetzt hat das Unternehmen beim Arbeitsamt Hannover einen Antrag auf Massenentlassungen gestellt. – Auch der Standort Roffhausen lockt mit billigen und willigen Arbeitskräften – bis woanders noch billigere geboten sind.

– Die Projektgruppe will in allen Initiativen aktiv werden, die sich mit der Branche beschäftigen. Sie befindet sich im Gespräch mit nationalen und europäischen Politikern.

– Die Projektgruppe will Tarifverträge durchsetzen: „Unter Beachtung der individuellen Unterschiede und der hohen Flexibilität der Call-Center wollen wir wesentliche Arbeitsbedingungen in Tarifverträgen gestalten. Dadurch soll eine höhere Chancengleichheit im Markt erreicht und Konkurrenzkampf zu Lasten der Beschäftigten vermieden werden.“

Kontakt:

Deutsche Postgewerkschaft e.V./ver.di
ver.di Projektgruppe Call Center
Niedersachsen/Bremen
Hugo Waschkeit, Projektleiter
Tel.: 0511/911 9823,
Fax: 0511/911 9898
Kornelia Knieper, Tel. 0421/5959830
oder 0160/7420184,
Fax: 0421/5959865



GOLO, GOLO PLUS UND GOLO SCHLUSS

MAL WIEDER EIN ABGESANG AUF EINE GUTE SACHE

(noa) Das Projekt GOLO des Allgemeinen Wirtschaftsverbandes Wilhelmshaven/Friesland e.V. leistet seit Anfang 1995 gute Arbeit. Leider wird es jedoch wahrscheinlich nur noch ein halbes Jahr bestehen und weiterarbeiten können.

Die **GESTALTUNGSORIENTIERTE BERUFSAUSBILDUNG IM LERNORTVERBUND (=GOLO)** war ein Modellversuch, der bis Ende Januar 1999 lief. Die Zielsetzung bestand darin, zusätzliche Ausbildungsstellen im gewerblich-technischen Bereich zu schaffen. Viele Betriebe können oder wollen nicht ausbilden, sei es, weil sie klein sind und sich den Aufwand nicht leisten können, sei es, weil sie hochspezialisiert sind und deshalb nicht alle von der Ausbildungsverordnung vorgeschriebenen Ausbildungsinhalte vermitteln können. Im Verbund unterstützen sich die Betriebe gegenseitig, indem sie den anderen Betrieben ihre Stärken zur Verfügung stellen, d.h. der/die Azubi geht für die nicht im eigenen Betrieb zu vermittelnden Ausbildungsinhalte zu den Betrieben, die dieses leisten können. Dies geschieht kostenneutral.

Die Bilanz von GOLO Plus für die Zeit vom 8.2.1999 bis 28.2.2001 kann sich sehen lassen: 127 Ausbildungsplätze wurden geschaffen oder gefunden. 76 davon werden von Betrieben bereitgestellt, die erstmalig oder jetzt wieder ausbilden. 38 dieser Lehrstellen werden von Verbänden mehrerer Betriebe, die sich einen Auszubildenden teilen, angeboten.

Nach Branchen teilen sich die 127 Stellen wie folgt auf: 57 Plätze im kaufmännischen bzw. Verwaltungsbereich, 13 im Gastgewerbe, 35 im gewerblich-technischen Bereich und 22 im Handwerk. Insgesamt 39 Berufe sind vertreten.

So haben auch solche Betriebe, die normalerweise nicht ausbilden würden, doch die Möglichkeit, ihren Beitrag zur Zukunft ihrer Zunft zu leisten. Ein ganz wichtiger Partner dieser Verbände sind die Berufsschulen, die ebenfalls ihre Stärken in den Verbund einbringen.

Zur Zeit des Modellversuchs wurden nur die Berufe in der Metall- und Elektroindustrie

erfasst. Nach dem Ende des Modells GOLO wird das Projekt unter dem Namen GOLO Plus weitergeführt. Seither sind alle Berufe - auch im Handwerksbereich - erfasst. Inhaltlich besteht das Plus also aus der Erweiterung um den kaufmännischen und den handwerklichen Bereich. Personell ist Plus die Diplom-Pädagogin Cornelia Moser-Gassen, die zusätzlich zum schon von Beginn an im Projekt tätigen Elektrotechniker Meinhardt Linnemann eingestellt wurde. Bis Januar 1999 wurde GOLO finanziert vom Bundesinstitut für Berufsbildung in Berlin. GOLO Plus wird aus dem Sofortprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit finanziert. Dieses Geld wird vom örtlichen Arbeitsamt zugewiesen. Und da statistisch der Lehrstellenmarkt in Wilhelmshaven/Friesland ausgeglichen ist (betrachtet man nur die Zahlen und nicht die Berufswünsche, dann stehen gleich viele Ausbildungsplätze wie Ausbildungswillige auf dem Papier), hat unser Arbeitsamt das Ende der Finanzierung aus den Mitteln des Sofortprogramms für August 2001 angekündigt.

So lange aber werden Frau Moser-Gassen und Herr Linnemann noch weiterhin Betriebe aufsuchen und Lehrstellen akquirieren. Sie gehen vorzugsweise in Betriebe, die noch nicht ausbilden oder schon lange nicht mehr ausgebildet haben und bringen ihnen die Idee des Azubi-Sharing nahe. Das ist nicht immer eine einfache Aufgabe; so mancher Unternehmer freundet sich erst nach mehrmaligen Gesprächen mit dem Gedanken an, einen Ausbildungsplatz zu schaffen. Damit nach einer erfolgreichen Ausbildung eines Lehrlings in einem Verbund nicht gleich wieder Schluss ist, halten die beiden weiter Kontakt zu den Verbänden, organisieren Treffen der Mitglieder eines Verbundes, bemühen sich so darum, dass auch danach wieder ein Ausbildungsplatz angeboten wird. Neu gegründete Betriebe wissen u.U. nicht, wie man es überhaupt anfängt, brauchen Beratung und auch ganz praktische Hilfe z.B. bei der

Lehrstellenmarkt


Nicht alle Ausbildungsplätze, die im Jahr 2000 dem Arbeitsamt gemeldet wurden, konnten besetzt werden. Über 100 Lehrstellen speziell für die Berufe BäckerIn, FleischerIn und Koch/Köchin sind unbesetzt geblieben. Geht man davon aus, dass nicht alle Betriebe ihre Azubis über das Arbeitsamt suchen, erhöht sich die Zahl der nicht besetzten Ausbildungsstellen noch. Insofern ist rechnerisch kein Bedarf an Lehrstellen zu verzeichnen.

Beantragung von Zuschüssen. Mit den Kontakten zu den Schulen kann GOLO Plus auch oft behilflich sein bei der Vermittlung von PraktikantInnen, so dass die ausbildungswilligen Betriebe erst einmal testen können, ob es wirklich passt. Bei solchen Problemen kommt den beiden GOLO-Leuten zugute, dass sie weder zum Arbeitsamt noch zur IHK gehören und insofern unabhängig sind.

Der Schwerpunkt, Lernortverbände zu schaffen, spielt nicht mehr die gleiche große Rolle wie zu Beginn des Projekts. Das Arbeitsamt legt mehr Wert auf die Akquise von Ausbildungsstellen. Hier ist die Zusammenarbeit von GOLO Plus mit anderen Trägern oft von Vorteil. So kommt es vor, dass z.B. RAN bei GOLO nach einem Ausbildungsplatz fragt oder umgekehrt von einem Betrieb berichtet, der ausbilden will und noch Tipps benötigt, wie er es anfangen soll. Die Zahlen zeigen die Schwerpunktverlagerung seit GOLO Plus: Ging es vor 1999 ausschließlich um die Schaffung von Lernortverbänden, so besteht bei den insgesamt 127 Ausbildungsstellen, die seither geschaffen bzw. akquiriert wurden, lediglich bei 38 Verbundbedarf. Doch es fragt sich, wer nach GOLO Plus rumlaufen und Klinken putzen wird. 76 Ausbildungsplätze in Betrieben, die erstmalig oder nach längerer Pause wieder ausbilden, sind nicht vom Himmel gefallen, sondern recht mühsam herbeiverhandelt worden - eine Aufgabe, die das Arbeitsamt angesichts seiner Verschlingung wohl kaum wird übernehmen können. □

Sofortprogramm

Im Jahr 2000 standen für den Arbeitsamtsbezirk Wilhelmshaven/Friesland 5 Mio DM aus dem Sofortprogramm der Bundesregierung zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zur Verfügung. Mit diesem Geld finanzierte das Arbeitsamt unterschiedlichste Maßnahmen, die das Ziel hatten, Jugendliche für den Arbeitsmarkt zu qualifizieren. 29 junge Arbeitslose traten in einen Hauptschulabschlusskurs ein, 17 konnten in eine Beschäftigung mit einem Lohnkostenzuschuss vermittelt werden; 27 begannen eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme. Diese Qualifizierungs-ABM fanden an der Kopperhörner Mühle und am Wikinger-Schiff bei der Stadtjugendpflege statt, wo Restaurierungsarbeiten durchgeführt wurden, und in F'grodin in Form von Grünflächenarbeiten.

Jonathan  Naturkost

Naturschutz ganz einfach

durch - Essen.

Ökologisch erzeugte Lebensmittel schützen die Umwelt.

Mitmachen ist ganz leicht und kostet wenig Zeit...

Grenzstr. 16, 26382 Wilhelmshaven, Tel. + Fax: 04421/13438

Frauen-Seminare 2001

Der DGB-Landesbezirk Niedersachsen/Bremen bietet interessante Bildungsurlaubs-Seminare für Frauen an.

Outsourcing

Reinigung von Büros, Lohnabrechnungen, Abo-Einzug, Vertrieb

Leitung: Beate Schmidt und Wiebke Buchholz-Will

Diese und andere Tätigkeiten werden zunehmend ausgegliedert und Fremdfirmen übertragen. Betriebsteile werden rechtlich verselbständigt, Schwimmbäder und andere öffentliche Einrichtungen privatisiert.

„Outsourcing“ lautet das Zauberwort! Was steht hinter den Konzepten? Was bedeuten sie für ArbeitnehmerInnen? Was können wir dagegen unternehmen?

Dieses Seminar wird von Montag, 30.07. bis Freitag, 03.07. stattfinden.

„Die bewegte Frau“ – Frauen bewegen Welten

Frauentheaterseminar

Leitung: Beate Schmidt und Wally de Lalande

Was bewegt Frauen in ihrem Alltags- und Berufsleben – welche Wünsche, welche Befürchtungen? Frauen bewegen alltäglich viel – sind immer in Bewegung. Wie viel bewegen sie wirklich? Bewegende Themen aus dem Frauenalltag werden in Spiel- und Theaterszenen umgesetzt.

Dieses Seminar wird von Montag, 08.10. bis Freitag, 12.10. stattfinden.

Beide Veranstaltungen werden nach dem Nds. Freistellungsgesetz durchgeführt. Wer teilnehmen will, muss also im Betrieb Bildungsurlaub beantragen. Je früher frau sich anmeldet, desto besser, denn die erforderliche Anmeldebestätigung muss dem Arbeitgeber spätestens vier Wochen vor Seminarbeginn vorgelegt werden, und manchmal lässt es sich auch bei Einhaltung dieser Frist für einen Betrieb nicht einrichten, auf die Mitarbeiterin zu verzichten.

Es können auch Frauen teilnehmen, die nicht erwerbstätig sind und/oder die Sozialhilfe empfangen. Sie zahlen dann statt der eigentlich fälligen Gebühr von DM 230,- nur DM 180,-.

Beide Seminare finden in der Heimvolkshochschule Springe statt, und die Preise beinhalten neben der Seminargebühr auch die Unterkunft und Verpflegung.

Frauen mit Kind/Kindern müssen nicht zu Hause bleiben, sondern können den Nachwuchs mitbringen. Die Kinderbetreuung kostet je Kind DM 150,- zusätzlich.

Interessierte Frauen können sich direkt beim Bildungs- und Tagungszentrum Heimvolkshochschule Springe e. V., Kurt-Schumacher-Str. 5, 31832 Springe anmelden (Tel: 05041-94040 / Fax: 05041-2692) oder sich die Unterlagen mit Anmeldeformular im Gewerkschaftshaus (Kieler Straße) abholen.

„DANKE, RÜDIGER!“

WPG: EINE KATASTROPHE KOMMT ANS LICHT

(red) Seit dem Ende der „Expo am Meer“ sind fünf Monate vergangen. Statt eine sinnvolle Nachnutzung der getätigten Investitionen in Angriff zu nehmen, haben Interessensgruppen die Zeit „genutzt“, um eine Schlammschlacht gegen kritisch-konstruktive Stimmen zu führen und Fehler insbesondere der Wilhelmshaven Projekt GmbH zu vertuschen. Bis sich unlängst die Kommunalaufsicht eingeschaltet hat.

27 Jahre lang war Rüdiger Kramp Geschäftsführer der „Freizeit in Wilhelmshaven GmbH“, die rechtzeitig zur Vorbereitung der „Expo am Meer“ den professioneller wirkenden Namen „Wilhelmshaven Projekt GmbH“ (WPG) erhielt. Hatte die „Freizeit“ bis dahin das überregional bekannte Kulturzentrum „Pumpwerk“ ganz ordentlich betrieben und, neben anderen Veranstaltungen, jährlich das „Wochenende an der Jade“ – das größte provinzielle Volksfest der Region – anständig über die Bühne gebracht, so gab es von vornherein Zweifel, ob die WPG mit der „Expo am Meer“ ein von Umfang und Dauer her ganz anderes Kaliber bewältigen könnte.

Auch wenn die Zweifel sich im Vorfeld und während der EXPO verfestigten – die Qualität der meisten Exponate wie auch die Besucherzahlen blieben weit hinter den groß angekündigten Erwartungen zurück -, das öffentliche (Meinungs-)Bild blieb dank der lokalen Seilschaften um WZ und SPD bei einem lauten Hurra.

Unmittelbar nach Ende der Expo ging Kramp in den Ruhestand, und auch um die vorab beschriebene Nachnutzung und Folgewirkungen der Expo wurde es totenstill. Bis zum Jahresende bekannt wurde, dass die WPG der Stadt, die sich gerade durch den Verkauf der städtischen Wohnungsbaugesellschaft schuldenfrei wähnte, einen Expo-Schuldenberg von 15 Mio DM hinterlassen hatte (wenig später wurde die Zahl auf über 17 Mio DM korrigiert). Und dass ab Januar 2001 monatlich 40.000 DM an Miete für die Jahnhalle

fällig wurden, ohne dass durch die versprochene Nachnutzung u. a. als neues Küstenmuseum irgendwelche Einnahmen verbucht werden konnten (s. GW Nr. 166).

Während die Opposition im Rat, im Sinne der SteuerzahlerInnen, bereits eine Öffnung und Prüfung der WPG-Bücher einforderte, lieferte SPD-Oberbürgermeister Menzel in seiner Neujahrsrede noch eine Hommage an den geschiedenen Geschäftsführer: „Danke, Rüdiger!“

Als die Kritiker konkreter wurden, „offenkundige Misswirtschaft“ und „offenbar absolut chaotische“ Rechnungen anprangerten und vermuteten, eine „unternehmerische Führung habe nicht stattgefunden“, fühlte sich Kramp in seiner „persönlichen Ehre verletzt“ und ließ namhaften CDU-Politikern per Anwalt Unterlassungsauforderungen zukommen. Von den SPD-Genossen erhielt Kramp Schützenhilfe - Fraktionschef Siegfried Neumann auf dem SPD-Unterbezirksparteitag über den Christdemokraten Klaus Friedrich: „Wenn dieser Mensch ein besonderer Christ ist, möchte ich ab sofort Heide sein“. Die CDU sah Kramps juristischen Forderungen mit Gelassenheit entgegen und forderte, die SPD soll diese Äußerungen („unanständig und mehr als unter der Gürtellinie“) unterlassen und sich lieber um WPG-Missstände kümmern.

Während dieser parteipolitischen Auseinandersetzungen sorgten sich andere Kräfte um den Fortgang des kulturellen Geschehens, insbesondere um die Jahnhalle. Zaghafte Ansätze wurden seitens der SPD-Möchtegern-Macher noch geduldet – so die Initiative des „Vereins zur Förderung und zum Erhalt des Küstenmuseums“, der zu Ostern mit einem Beitrag zum Thema „Schreibmaschinen“ die Jahnhalle beleben will. Umfassende, konstruktiv-kritische Konzepte, wie jenes, das der Historische Arbeitskreis des DGB im Februar der Öffentlichkeit präsentierte, wurden von der Mehrheitsgruppe im Rat jedoch ad hoc als feindselig entlarvt, und die SPD schickte die grüne Fraktionsschwester vor, um die Gewerkschafter öffentlich als Profilneurotiker zu diffamieren (WZ 13.2.). SPD-Ratsfrau Aljets setzte noch einen drauf, als sie im Zusammenhang mit der Nutzung des Stadtarchivs Hartmut Büsing vom Historischen Arbeitskreis des DGB in einem Leserbrief (WZ v. 2.3.) unterstellte, er sei unter anderem deshalb an der Nutzung des Archivs interessiert, um sich dort persönlich zu bereichern, sprich historische Dokumente zu stehlen.

Diese Peinlichkeit schien kaum noch zu überbieten. Wäre da nicht die „als qualifiziert geltende Museumsfrau“ gewesen, die man für die dringend zu besetzende Stelle der

NATURATA
Das
Fachgeschäft
für Naturkost
und
Naturwaren
Obst + Gemüse
Täglich frische Backwaren
Wilhelmshaven
Gökerstraße 58

Rechtschreibwerkstatt

Anette Nowak und
Herward Meier
Legasthenietherapie
Lese-/Rechtschreibtraining
Diagnose und Beratung
Auskunft und Anmeldung
04421 - 99 64 70

Geschäftsführung für die Jahnhalle ausgeguckt hatte – und die nach wochenlangen Gesprächen absagte: „Offenbar ist davon auszugehen, dass der Kandidatin das Museumsfeld zu unübersichtlich erschien“. Ob die Kandidatin den letzten Gegenwind gelesen hat oder woher sie sonst ihre Informationen bezog, die sie zu dieser zutreffenden, wenngleich (in der WZ vom 13. März) moderat formulierten Schlussfolgerung bewogen, sei dahin gestellt. Fakt ist, dass eine wirklich qualifizierte Kraft, wie sie jetzt dringend benötigt würde, im Umfeld dieses provinziellen Schmierentheaters nicht arbeiten kann und will.

Wenn zwei sich streiten, freut sich der Dritte. In diesem Fall war es die Firma Milla und Partner, die statt der Museumsfrau, die nicht wollte, und statt des DGB, der wollte, aber nicht durfte, im Auftrag der Stadt ein Konzept für die Jahnhalle entwickelte. Dies besteht daraus, bereits vorhandene Exponate, die zur Expo von hiesigen Institutionen zur Verfügung gestellt wurden, zusammen mit dem „Pottwal von Baltrum“, der von der Halle am Südstrand umziehen soll, zu präsentieren. Tolles Konzept, äußerst kreativ und professionell. Nicht nur der GEGENWIND wüsste gern, wie lange die Firma dafür gebraucht hat, etwas aufzuschreiben, was von vornherein – als Grundausstattung – auf der Hand lag; wie lange eine Schulklasse oder ein Kleingärtnerverein gebraucht hätte, um zu demselben Ergebnis zu gelangen; und nicht zuletzt, wie viel Milla und Partner dafür kassiert haben.

Anfang März (WZ vom 6.3.) fordern auch die Grünen Aufklärung über das WPG-Geschehen, unter Hinweis auf die „unterschiedliche politische Sichtweise“ (zur SPD), „was die Geschäfte der WPG und ihres ausgeschiedenen Geschäftsführers betrifft“, dessen „Verdienste“ sie jedoch nicht in Frage stellen. Gerade noch rechtzeitig kam diese wenn auch zaghafte Distanzierung vom Mehrheitsgruppen-Hurra, denn: Der vorerst endgültige Knaller der Peinlichkeiten kam Mitte März ans Tageslicht (WZ vom 16.3.). **Der tatsächliche Schuldenberg der WPG beträgt jetzt statt der bisher genannten 17,4 Mio fast das Doppelte, nämlich 33 Mio DM** – die Differenz sind „aufgelaufene Verluste aus weiteren WPG-Aktivitäten“. „Da es sich auch um buchungs-technische Defizite handelt, steht noch nicht fest, welche Beträge tatsächlich bezahlt wer-

den müssen“. Neben der „WPG-Lenkungsgruppe“ (Spitzenvertreter aus Verwaltung, Politik und WPG) sitzt inzwischen auch die Kommunalaufsicht der Bezirksregierung Oldenburg „mit im Boot“. Das ist wirklich artig formuliert: Die Aufsichtsbehörde fordert eine gründliche Untersuchung der zurückliegenden Geschäftstätigkeit, Prüfung persönlicher Haftungsfragen und Klärung der Frage nach Versäumnissen im WPG-Aufsichtsrat. Noch konkreter (WZ vom 17.3.): Das Geschäftsgebaren der WPG soll von einem **unabhängigen** Gutachter (also nicht der SPD-Fraktionsspitze ...) nochmals genau untersucht werden. Auch die Aufwendungen für die Expo in den vergangenen 5 Jahren sollen „einer strengen Analyse“ unterzogen werden. Das Sanierungskonzept soll – so empfiehlt die Bezirksregierung – nur zur Kenntnis genommen und nicht beschlossen werden. (Was den Rat, einschließlich CDU-Stimmen, nicht davon abhielt, das vorgelegte Sanierungskonzept am 21.3. doch zu verabschieden). Und: Das weitere Vorgehen muss mit der Kommunalaufsicht abgestimmt werden.

Harte Bandagen legt hier die Kommunalaufsicht an, die nun gerade - kurz - mal erleichtert war, dass ihr Sorgenkind Wilhelmshaven, dem sie Jahr für Jahr Strafarbeiten zur Nachbesserung des Haushalts auferlegen musste, sich durch den „Jade“-Verkauf entschuldet hatte. Da sind unerledigte Hausaufgaben im Schulranzen versteckt geblieben. Es war ja immer so praktisch, tatsächliche Schulden, die den BürgerInnen auferliegen, buchungs-technisch in einer städtischen GmbH zu verbergen, und sich gleichzeitig um eine Offenlegung der WPG-Bücher zu drücken, weil es sich rechtlich um eine GmbH handelt. Nun ist die Kacke am Dampfen. Nicht mal WZ-Redakteur Hans-Jürgen Schmid, der sonst gern große Worte zugunsten der SPD-Genossen schwingt, hat sich seit der Schelte der

Kommunalaufsicht gemuckst. Kommentierte er doch noch am 3.3., der CDU-Kreisvorsitzende Dr. Uwe Biester und der ehemalige Fraktionschef Klaus Friedrich marschierten „Seite an Seite durch die Öffentlichkeit. Ihr Lieblingsthema sind derzeit angeblich grobe Fehler bei der Wilhelmshaven Projekt GmbH. Da es jedoch noch an harten Fakten zu diesem Thema mangelt, bedienen sie sich bei ihren Attacken des Begriffs ‚scheinbar‘, reden von ‚scheinbarem Chaos‘ bei der WPG. Das ist aber nichts anderes als Fabulieren auf sehr seichtem Niveau ...“ Er rät, so

lange zu warten, bis das Resultat der Wirtschaftsprüfer vorliegt. Er und seine Gesinnungsgenossen können es jedoch überhaupt nie erwarten, jegliche Kritiker – seien es Politiker anderer Couleur, seien es mündige BürgerInnen – mundtot zu machen. Erst wenn die Aufsichtsbehörde kommt, knallen sie die Haken zusammen.

Wo bleibt bei alledem „Rüdiger“, der die Vorwürfe der CDU nicht fachlich, sondern persönlich nahm? Kriegt nun auch die Kommunalaufsicht, die „persönliche Haftungsfragen“ geklärt haben will, Briefe von seinen Anwälten? Spaß beiseite: Ein Geschäftsführer, ob nun in der kommunalen oder der Privatwirtschaft, hat nun mal den Schwarzen Peter, dafür kriegt er auch entsprechendes Gehalt. Natürlich hat OB Menzel recht, wenn er sagt, Kramp habe 27 Jahre lang in Wilhelmshaven „ein Feld beackert, für das wir alle, ob im Rathaus oder im Haus der WPG, Verantwortung getragen haben ...“ (Neujahrsrede / WZ v. 8.1.) Sollte sich nun herausstellen, dass Kramp die Aufgaben, die ihm letztlich aufgepfropft wurden, nicht bewältigt hat, so trifft ihn das allenfalls fachlich – es hat nie jemand behauptet, deswegen sei er ein schlechter Mensch -, wenngleich natürlich WPG-Aufsichtsrat, Ratsmitglieder und -gremien mitverantwortlich sind. Interessant wird dann noch, falls die Zweifel der Opposition und der Kommunalaufsicht sich bewahrheiten sollten, ob Kramp dann von seinen ehemaligen Genossen weiter gestützt oder zugunsten der großen ganzen Seilschaft zur Schlachtbank geführt wird.

Für die BürgerInnen bleibt in jedem Fall der bittere Nachgeschmack, dass sie über Jahre hinsichtlich WPG und Expo erfolgreich für dumm verkauft wurden. Sie durften zahlen, aber keine Zahlen lesen – nur das große Hurra, das ihnen jenseits der Wahrheit weiterhin tagtäglich eingetrichtert wird. □



- Wir sind: Die **Psychosoziale Abteilung der Freien Sozialen Dienste** und betreuen im Auftrag des Jugendamts Familien und Jugendliche im Landkreis Friesland
- Wir suchen: **pädagogische Fachkräfte mit Erfahrungen in der Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und Familien** auf der Basis stundenweiser Beschäftigung und Honorarvergütung für Betreuungen sozialpädagogischer Familienhilfe, Erziehungsbeistandschaften u.a. ambulante Versorgungsleistungen nach KJHG im gesamten Landkreis Friesland
- Wir bieten: Flexible Arbeitszeiten, Teamorientierung, regelmäßige Fallbegleitung durch Supervision und Beratung im Team, Fortbildungsangebote
- Wir erwarten: einfühlsamen und fachlich fundierten Umgang mit den Familien und Kindern, Zuverlässigkeit, Bereitschaft zur Reflexion eigenen Verhaltens, und längerfristige Mitarbeit

Bitte bewerben Sie sich mit einer Kurzbewerbung bei:
FSD – Freie Soziale Dienste Friesland, gGmbH i. Gr.,
Psychosoziale Dienste

Schloßplatz 10, 26316 Varel, Tel: 04451-9141-13

„TENDENZ CONTRA UMWELT“

VON MÜLLSAMMLERN, VOLKSVERDUMMUNG, BAUMFREVEL UND GRÜNEN WURZELN

(red) In den letzten Wochen geht es in Sachen Natur- und Umweltschutz in Wilhelmshaven wieder mal hoch her. Ordnung, wohin man sieht: Müll wird weggeräumt, Bäume werden weggeräumt, und auch die Grünen räumen mal in den Kisten ihrer Vergangenheit auf und finden so manches Relikt. Der allzeit hilfsbereite GEGENWIND hilft beim Aufräumen mit – in einem fiesem Rundumschlag.

Am 10. März fand zum vierten Mal die von der WZ initiierte „Aktion Frühjahrsputz“ statt. 4500 Menschen sammelten in Wilhelmshaven, im Jever- und im Harlingerland über 100 Tonnen Müll aus der Landschaft, gut die Hälfte davon allein in der Jadestadt. Das Engagement der Beteiligten wie auch die logistische Leistung der Veranstalter ist im Prinzip lobenswert. Es hat jedoch triftige Gründe, weshalb z. B. die Redaktion des Gegenwind-Zeitung für Arbeit, Frieden, *Umweltschutz*-sich nicht daran beteiligt: Die Aktion hat mit ernst gemeintem Umweltschutz wenig zu tun, und erst recht ist das Ganze nicht „die größte Bürgerinitiative der Region“ (WZ). Eine Bürgerinitiative organisiert sich selbst von der Basis her, und sie arbeitet über einen längeren Zeitraum an Problemen, die den Mitgliedern so unter den Nägeln brennen, dass sie diesen Weg wählen und einen großen Teil ihrer Freizeit für die Recherchen sowie Organisation und Durchführung entsprechender Aktionen opfern.

Was ist eine „Bürgerinitiative“?

Lokale Beispiele hierfür sind die Bürgerinitiative Umweltschutz Wilhelmshaven (BUW), die sich in den 70er Jahren anlässlich der drohenden Zerstörung des Grodendamms und des Freizeitgebietes Banter See gründete, sich später unter anderem gegen die Zerstörung von Natur und Umwelt durch die Industrialisierung des Voslapper Grodens einsetzte und mehrere Broschüren veröffentlichte. Noch bemerkenswerter ist die Bürgerinitiative gegen den JadeWeserPort, sowohl hinsichtlich Mitgliederzahl (mehrere Hundert) als auch Ausdauer für regelmäßige Infoveranstaltungen und Recherche und Aufarbeitung von Fachwissen für die Öffentlichkeit – das, was eigentlich Aufgabe der Initiatoren des Hafenprojektes aus Wirtschaft, Rat und Verwaltung wäre.

Die „Aktion Frühjahrsputz“ ist keine Bürgerinitiative, sondern eine gelungene PR-Kampagne eines regionalen Verlagskonsortiums. Immerhin hat die WZ gezeigt, was sie leisten kann, wenn sie will: Durch fast tägliche Vorkündigungen, Sachstandberichte, Abdruck des Logos, bis hin zur Profilierung der Beteiligten über Fotos, Namensnennung und Ergebnisberichte lassen sich binnen weniger Wochen mehrere Tausend Menschen für eine bestimmte Sache mobilisieren. Hätte die WZ dasselbe z. B. für die Lokale Agenda 21 geleistet – Hut ab. Doch solche wirklich sinnvollen wie nachhaltigen Projekte sind offenbar nicht gewollt – anders ist es nicht zu erklären, weshalb die WZ die Agenda (seit deren Beginn 1999) noch konsequenter ignoriert, als sie dies mit Kritikern des Jadeports tut. Das ist

sehr schade und trägt maßgeblich dazu bei, dass dieses weltumspannende Zukunftsprogramm in Wilhelmshaven „vor sich hindümpelt“, wie Grünen-Ratsherr Gerd Kläne (in der WZ vom 6.3.) zutreffend bemerkte.

Statt dessen wird also eine jährliche Eintagsfliege protegert, die umweltpädagogisch völlig nach hinten losgeht: „Der Müll gehört nämlich in unsere Abfalltonnen und nicht auf die Wiese“, wird der 10jährige Dominik in der Jubelberichterstattung zitiert. Armer Dominik: Gut gemeint, doch falsch verstanden. Ein Großteil des Mülls, den deine kleinen Hände da zu Tage gefördert haben, hätte gar nicht erst entstehen müssen. Dadurch, dass er auf die Deponie umgeschichtet wird, nimmt die Menge nicht ab, der Deponieraum wird trotzdem knapper, immer neue Landschaftsflächen werden für Deponien beansprucht. Dominik und einige Tausend andere Kinder, die bereits einen Tag vor der Hauptaktion „frühjahrsputzend“ durch die Landschaft zogen, haben weniger ihrer Umwelt als der Wilhelmshavener Zeitung einen Gefallen getan. Pikant dabei ist, dass SchülerInnen auch Chemikalienfunde meldeten. Wer ist verantwortlich, wenn die jungen SammlerInnen dabei Schaden nehmen? Hier beginnt die Aktion unzulässig zu werden, wenn Freiwillige ohne Spezialausrüstung und –kenntnisse auf möglicherweise heikle Stoffe losgelassen werden.

Wer sind die „wahren“ Umweltverschmutzer?

Laut WZ sind es nicht die „Schmierfinken und Umweltverschmutzer, die sich am Putzen beteiligen“. Wir sind uns da nicht so sicher. Da staunen die Kleingärtner in der WZ vom 12.3., was sie am Fuß- und Radweg zwischen Friedenstraße und Neuengrodener Weg alles so finden: „Eisenteile, Bettgestelle, ein ganzer Hausrat, Windeln usw.“ Nicht minder staunte der Gegenwind, was seine radelnde Reporterin letzten Sommer zufällig an eben diesem Wegeabschnitt fand: In einem naturnahen Waldstück direkt gegenüber der Kleingartenkolonie häuften sich auf einer Fläche von mindestens 1.000 m² teilweise meterhoch Gartenabfälle, Rasen- und Strauchschnitt. Entsprechende Hinweise bewirkten eine Ortsbegehung durch den Umweltausschuss. Was da an natürlicher Krautvegetation erstickt wurde, was da an Nährstoffen und Pestiziden in Waldboden und Grundwasser eingetragen wurde, kann durch Einsammeln eines Bettgestells, das allenfalls optisch die Umwelt belastet, nie wettgemacht werden. Wo der Grünabfall herkam, der von Rechts wegen im eigenen Garten oder zentral kompostiert werden müsste, lässt sich unschwer erraten – man kommt dort nur zu Fuß mit einer Schub-

karre hin, Fremde aus anderen Stadtteilen mit Autoanhänger können das nicht gewesen sein.

Sie meinen es ja gut, die Kleingärtner. Sie können es doch nicht anders wissen, wenn sie für genau dieses Missverhältnis zur Natur noch belohnt werden, wenn der Oberbürgermeister sie öffentlich lobt, „die gepflegten Kleingartenanlagen... trügen auch zur Erhaltung und Entwicklung des Lebensraums für Pflanzen und Tiere bei“ (WZ v. 12.2.). Oje, damit liegt Menzel nun absolut daneben, aber im Gegenzug für seine Unterstützung naturferner Ziergärten bekommt er für seine „Verdienste um das Kleingartenwesen“ die „goldene Ehrennadel“ des Kleingärtnervereins Wilhelmshaven (WZ v. 14.2.).

Ordnung und Natur haben nämlich herzlich wenig miteinander zu tun. Wo bleiben Igel, Insekten, Vögel, wenn nirgends mehr Totholz oder Laub liegen darf, wenn es keine dichten, naturnahen Gehölze mehr gibt? Hingegen ist „Sauberkeit: Image prägend und Wirtschaft fördernd“ (WZ v. 10.3.), mit diesen Worten schließt sich auch der City-Interessenverein (CIV) dem Chor der frühjahrsputzwütigen Umwelthygieniker an. Auch der CIV „entlarvt“ weggeworfene Zigarettenkippen, Flugblätter und wild aufgeklebte Sticker als Wurzel allen Umweltübens. Immerhin wird in diesem Artikel eingeräumt, Sauberkeit diene „der Befriedigung des persönlichen Geschmacks“. Das mag wohl richtig sein, drängt sich in dieser Zusammenschau geradezu auf, hat aber mit einem „grünen“, naturnahen Stadtbild herzlich wenig zu tun.

Böse, böse Bäume

Zurück zu unseren Gärtnern. Gute Gärtner gönnen ihren Bäumen und Sträuchern zum Herbst oder Frühjahr – außerhalb der Vegetationszeit – einen anständigen Rückschnitt. Unser Grünflächenamt ist da besonders eifrig: Wer mit offenen Augen durch die Straßen geht und zudem die Berichterstattung in der Tagespresse verfolgt, einschließlich kritischen Beiträgen von Bürger-/LeserInnen, dem sind die radikalen Maßnahmen dieses „Fachamtes“ nicht entgangen. Die Gehölze bis dicht über den Boden zurückzunehmen, hat mit einem fachgerechten Verjüngungsschnitt, Herausnahme von totem Holz usw. nichts zu tun. Nein, es soll ja *ordentlich* aussehen: Kein Baum - kein Laub - kein Dreck und keine geschützten Dreckecken, in denen manche den Müll verstecken, den andere dann bei der Aktion Frühjahrsputz wieder aufklauben müssen. Dann kommen Vögel auch gar nicht erst auf die Idee, dort zu nisten und zu lärmern und alles zuzukacken. Und vorbei die dunklen Zeiten, da sich im Gehölz böse Räuber verbergen konnten, die dann unvermutet herauspringen und alten Frauen die Handtaschen klauen.

Furore machte eine große alte Kastanie, die auf dem Gelände der Reha-Klinik der Säge zum Opfer fiel. Später entpuppte sie sich als Pappel (oder wurde zumindest als solche umdeklariert): „Das war keine Kastanie, sondern eine Pappel! ... Eine Pappel unterliegt nämlich nicht der Baumschutzsatzung“ (WZ v. 3.3.). Bei mehrmaliger Lektüre der zitierten



Schlussfolgerung erschließt sich deren bestechende Logik: Es war *deshalb* keine Kastanie, *weil* Pappeln *nämlich* nicht der Baumschutzsatzung unterliegen. Alles klar? Sofern der angegebene Stammumfang des gemordeten Baumriesen von sechs Metern stimmt, kommt Wilhelmshaven mit dieser *Pappel* ins Guinness-Buch der Rekorde.

Pappeln und Birken haben seit der Reform der hiesigen Baumschutzsatzung keinen Lebensberechtigungsschein mehr. Eigentlich wäre es praktisch, über alle Wilhelmshavener Bäume eine Gen-Datei anzulegen. So ließe sich post mortem feststellen, ob es sich um eine jener kriminellen Pappeln handelte, die sich bekanntlich heimtückisch auf Autos oder Passanten fallen lassen, oder z. B. um eine Kastanie, über deren Duldung man zumindest nachdenken sollte, sofern sie kein Laub wirft und nicht einem der neuen Wohngebiete im Weg steht, die wir ja angesichts sinkender Einwohnerzahlen und einer vierstelligen Zahl leerstehender Wohnungen im Stadtgebiet dringend brauchen. Wenn dann eine Kastanie, die eigentlich eine Pappel ist, oder umgekehrt, „aus Sicherheitsgründen“ gefällt wird, darf man das dann zumindest öffentlich bedauern. In diesem Fall diene es der Sicherheit der neu zu gestaltenden Außenanlagen bei der Reha-Klinik – einsehbar, denn Schattentwurf und Laub stellen eine große *Gefahr* für Zierrasen dar, ganz zu schweigen von besagten Handtaschenräubern, die sich gern hinter dicken Bäumen verstecken.

Da Pappeln zudem die Heimtücke besitzen, mit ihren Wurzeln Asphalt zu sprengen, wenn man ihr Umfeld dermaßen versiegelt, und somit arglosen Radfahrern ein Bein – Pardon, eine Wurzel – zu stellen, wurden aktuell in Altengroden 30 Pappeln dem Scharfrichter zugeführt (WZ v. 7.2.)

Grüne Wurzeln schlagen wieder aus

Interessanterweise stehen der Gegenwind und andere grüne Spinner aktuell nicht allein mit ihrer kritischen Haltung zu derlei „Naturverständnis“. Der FDP-Kreisvorsitzende Dr. Michael von Teichman fordert über den Umweltausschuss, die Abholaktionen vorläufig

zu stoppen und einen Pflegeplan für das städtische Grün zu entwickeln. Und unsere Grünen, die sich letzthin kaum mehr von ihrer großen Mehrheitsschwester SPD unterscheiden und gewaltige Umweltvernichtungsprojekte wie den JadeWeserPort oder die Küstenautobahn unisono mitbejubeln, melden sich jetzt über ihren Rats Herrn Biehl basismäßig zu Wort: Biehl beklagt „eine immer stärker werdende Tendenz contra Umwelt in den Köpfen von Ratsmitgliedern und der Verwaltungsspitze“. Die vor drei Jahren „wesentlich entschärfte“ Baumschutzsatzung möchte er wieder – zugunsten der Natur – ändern. Weiterhin kritisiert er Bebauungspläne, „deren ökologische Festsetzungen nicht kontrolliert und nicht umgesetzt“ würden – z. B. den neuen B-Plan Zedeliusstraße: „Es ist doch einfach nicht richtig, eine Siedlung als quasi Öko-Siedlung zu verkaufen und dafür 90 Prozent aller Bäume umzuhauen.“ (WZ v. 6.3.01) Hat ja lange gedauert, bis unsere ehemals sozial-ökologische Hoffnungspartei das gemerkt hat – leider zu lange für große Teile der ehemals grünen Stadt am Meer, die auf ewig unter Beton und Asphalt verschwunden sind – aber immerhin.

Du sollst nicht merken

Für die Betonkopf-Fraktion wäre es eine große Gefahr, wenn noch mehr Menschen merken würden, was Biehl mal öffentlich auszusprechen wagte. Findig, wie sie sind, unsere Betonköpfe, haben sie sich die „Aktion Frühjahrsputz“ ausgedacht, um den Menschen eben jenes (falsche) „Umweltbewusstsein“ einzuzupfen und sie mit lächerlichen Ersatzhandlungen zu beschäftigen. Denn der Frust über das zunehmend menschen- und naturfeindliche Stadtbild ist groß, wie zahlreichen WZ-Leserbriefen zu entnehmen ist. „Wenn das so weitergeht, haben wir bald statt einer grünen Stadt am Meer eine graue Stadt am Meer“ schreibt Doris Ploeger (am 9.3.), und mit selbem Datum, Erna Hiller: „Mit wie viel Verantwortungslosigkeit soll eigentlich noch mit unserer Umwelt und Natur umgegangen werden?“, die auch beklagt, „dass jede freie Fläche gerodet und bebaut wird ... Obwohl in der Stadt Tausende von Wohnungen leer stehen?“

So wie die Freifläche mit dem hübsch bemalten Tank zwischen „Oceanis“ und der ehemaligen Gewerbeschule (jetzt Umweltamt) an der Weserstraße. Eine nette - und gleichzeitig die letzte verbliebene - freie Sichtachse zum Hafen auf dem Weg zum Südstrand, gleichzeitig wunderbar zu nutzen als Spiel- und Bolzplatz, den die Kinder in diesem ansonsten versteinerten Teil der Südstadt dringend benötigen. Doch nein: Auch hier wird ein Investor in naher Zeit Wohnbebauung hinsetzen. Im direkten Umfeld zahlreicher leerstehender und verfallender historischer Wohnhäuser. Warum sollte er auch in diese investieren, so lange es kein stadtplanerisches Gesamtkonzept gibt, so lange er zugeschanzt bekommt, was ihm gefällt? Mit Verweis auf Spielplätze westlich der Deichbrücke darf er sogar die gesetzlich vorgeschriebene Fläche für Spielplätze reduzieren.

Ein Bolzplatz war vorgesehen an der Grün-

fläche am Ende der Rheinstraße an der Auffahrt zur KW-Brücke. Mittlerweile hat man sich entschlossen, aufgrund des zu erwartenden Lärms die Kinder lieber zum Pumpwerk zu schicken, dies sei auch „wirtschaftlicher“, weil dort keine Bäume gefällt werden müssten. Schade nur, dass am jetzt verworfenen Standort KW-Brücke bereits vorsorglich Gehölze beseitigt worden waren.

Was ist Lebensqualität?

Neben Bäumen und Sträuchern sind es noch mehr Dinge, die eine Stadt-Umwelt lebenswert machen. Zum Beispiel eine ansprechende Infrastruktur für den Fahrradverkehr, wie ihn die hiesige Kreisgruppe des Allgemeinen Deutschen Fahrradclubs mit immerhin über 100 Mitgliedern seit Jahren vergeblich fordert. Die Bauverwaltung, resigniert der Vorsitzende Fritz Oeltermann, sei „hinter den Entwicklungen anderer Regionen zurückgeblieben“ und „behindere oder gefährdete die Zweiradler mehr, als sie zu fördern, wie es der Gesetzgeber 1997 mit seiner Gesetzesnovelle gefordert“ habe. Dieses träfe „besonders ältere Menschen, Mütter mit Kindern, Behinderte oder solche Personen, die sich eher unsicher oder ängstlich auf dem Fahrrad fühlten“. (WZ v. 12.3.)

„Abwanderung aus der Stadt endlich stoppen“ forderte OB Menzel beim Neujahrskonvent - und weiß dafür nur eine Lösung: „neue Arbeitsplätze zu schaffen“. Als wären „seine“ BürgerInnen nur Roboter, deren Lebenswert sich einzig und allein am Geld festmacht. Dass es viele weitere und vielleicht wesentlichere Gründe gibt, dieser Stadt den Rücken zu kehren, als keine (oder keine passende) Verdienstmöglichkeit, ziehen er und seine Mitstreiter offenbar nicht ins Kalkül. Dass Lebensqualität mehr ist, als gelegentlich mal ins Pumpwerk oder ins Stadttheater zu gehen. Dass schon der tägliche Weg zur Arbeit, zur Schule, zum Einkaufen, zu Freunden ein Hierbin-ich-zu-Hause-Gefühl vermitteln würde, wenn das Wohnumfeld und die Infrastruktur nicht so furchtbar kaputt wäre. Und die Zerstörung geht, wider alle Proteste, unvermindert und ignorant weiter, Hauptsache, die Investoren fühlen sich wohl, und bestimmte Seilschaften in Rat und Verwaltung suhlen sich mit ihnen und mit Hilfe der WZ in hemmungsloser Selbstbeweihräucherung. Die BürgerInnen stehen ganz hintenan, noch hinter dem großen Müllhaufen, den sie einmal im Jahr sammeln dürfen.

Sollen sie sich weiter beweihräuchern, die „Macher“ – nur wundern sollten sie sich nicht, wenn ihnen frustrierte, da in ihren Bedürfnissen ignorierte BürgerInnen davonlaufen und sogar, wenn sie hier arbeiten, lieber die Wege zu einem angenehmen Wohnort im Umland oder gar bis Oldenburg in Kauf nehmen. Werner Biehl zeigt richtige Ansätze, sich nicht mehr sinnlos zu wundern: „Möglicherweise“ seien „die Bürger und BürgerInnen weiter als viele Wilhelmshavener Politiker“ (WZ v. 15.3.) Ihre Angestellten versucht die Stadt per Arbeitsvertrag an den Wohnort Wilhelmshaven zu knebeln – allen anderen ist, per Grundgesetz, die Wahl des Wohnorts freigestellt und damit jeder Fluchtweg offen. □

LEX WILHELMSHAVEN

DIE NIEDERSÄCHSISCHE GEMEINDEORDNUNG WURDE AN WILHELMSHAVENER VERHÄLTNISSE ANGEPASST

(red) Spätestens 2002 müssen alle Städte und Gemeinden ihren „eingleisigen“ Oberbürgermeister gewählt haben. Die in der Niedersächsischen Gemeindeordnung vorgeschriebene eingleisige Verwaltung sieht die Vereinigung der Ämter des Oberstadtdirektors und des Oberbürgermeisters zwingend vor. Die neue Position soll dann eine bezahlte Stelle sein.

Viele niedersächsische Kommunen haben ihren „Eingleisigen“ schon gewählt und in Amt und Würden gebracht. Wilhelmshaven ist die größte von etwa 10 Städten/Gemeinden, in denen das noch nicht geschehen ist. Wir haben hier ja noch unseren Oberstadtdirektor Schreiber, dessen Vertrag erst zum Ende des Jahres 2002 ausläuft und der entschlossen ist, das Amt bis zum letzten Tag auch auszufüllen.

Der Gegenwind hat in mehreren Artikeln und Interviews dieses Thema schon behandelt. So haben wir Vertreter verschiedener Parteien darüber befragt, ob ihnen ein vorzeitiges Ausscheiden Schreibers lieb wäre, so dass die Wahl des künftigen OBs gleichzeitig mit der Kommunalwahl im September 2001 vorgenommen werden könnte, oder ob eine extra Wahl 2002 besser passen würde. Wir haben mit unsern Interviewpartnern darüber gesprochen, dass eine eigene Wahl zwar zusätzliches Geld verschlingen würde, andererseits aber die Bedeutung dieses Urnenganges dem Wahlvolk deutlicher wäre, als wenn man jetzt im September „ein Abbakken“ machte.

Gerne hätten wir auch mit dem gegenwärtigen OB Menzel darüber gesprochen, doch leider kam ein Termin mit ihm niemals zustande, so dass wir nur berichten konnten, was wir ihn gerne gefragt hätten, wenn er mit uns gesprochen hätte.

Während wir alle - der Gegenwind und die Parteien - damit beschäftigt waren, uns zu fragen „Geht er oder geht er nicht?“ und uns

zu sagen „Wenn er nicht geht, wählen wir das künftige Stadtoberhaupt erst 2002“, fand hinter den Kulissen eine Aktion statt, die schon fast unter die Rubrik „Geniestreich“ fällt. Der Niedersächsische Landtag bereitete eine Änderung der NGO vor, die es ermöglicht, im September 2001 bei der ganz regulären Kommunalwahl schon den „Eingleisigen“ zu wählen, der dann erst 2003 sein Amt antreten wird. Dafür war nur eine kleine Änderung der NGO notwendig. Es musste lediglich eine „2“ durch eine „5“ ersetzt werden: Die NGO (alt) verlangte, dass „ein Abbakken“ nur sein dürfe, wenn zwischen Wahl und Amtsantritt höchstens 12 Monate liegen; die NGO (neu) erlaubt 15 Monate. Für Wilhelmshaven kommt das genau hin: Wahl im September, konstituierende Ratssitzung im Oktober, Amtsantritt 15 Monate später – das fällt genau mit dem ersten Tag nach Schreibers vertraglicher Amtszeit zusammen.

Die einzige im Wilhelmshavener Rat vertretene Partei, die schon vorbereitet ist, ist die SPD. Menzel, der alte OB, will und soll nach ihrem Wunsch auch der neue OB werden. Die anderen Parteien müssen jetzt erst mit der Kandidatensuche beginnen. Der scheidende Raffineriechef Johan Anton van Weelden bietet sich „jeder demokratischen Partei“ als Kandidat an, und wenn man nur noch so wenig Zeit hat, könnte man schon auf den Gedanken kommen, ihn zu nehmen.

Wenn es tatsächlich so kommt! Denn: „Noch ist alles sehr offen“, schreibt Jürgen Westerhoff in der „WZ“ vom 17.03. Dass der Landtag mit der NGO-Änderung die Möglichkeit eines nahtlosen Hinübergleitens unseres OB Menzel vom Ehrenamt in eine bezahlte Stelle eröffnet hat, war eine notwendige Bedingung. Nun muss aber auch noch der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließen, dass man es so machen wird. Und da könnte es schon passieren, dass Menzel aus dem eigenen Lager ein Bein gestellt bekommt. Die Zustimmung zu seinen Plänen ist in der SPD nicht so ganz einhellig, und auch die Grünen und Einzelkämpfer Focke Hofmann, die mit der SPD die Mehrheitsgruppe im Rat bilden, haben Vorbehalte gegen einen „eingleisigen“ Menzel.

In der Aprilsitzung des Rates soll die Entscheidung fallen. Man darf gespannt sein. □



Mütterzentrum

Werftstr. 45

Telefon: 506106

Termine:

Ankündigung: Flohmarkt

Vom Bambini bis zum Teenie

Das **Mütterzentrum**
veranstaltet am

Samstag den 20. Mai
von 11.00 - 16.00 Uhr
einen Flohmarkt auf dem
Banter Marktplatz.

Hier finden Sie alles, was das
Kinderherz begehrt: von
Kleinkindspielzeug über Puzzle und
Spiele bis hin zu Kinderkleidung.
Ausgenommen: Kriegsverherr-
lichendes Spielzeug und Militärartikel,
lebende Tiere. Kein
Lebensmittelverkauf!

Wir bitten um Anmeldung im
Mütterzentrum unter der
Telefonnummer 506106.

Die Standgebühr besteht aus einem
selbst gebackenen Kuchen.

19. April - 19.30 Uhr Arbeitsmarktsituation für Frauen in Europa Osterweiterung der EU - Ziele, Analyse, Erwartungen

Welche Auswirkungen hat die Ost-
erweiterung der EU auf
Frauenarbeitsplätze?

Veranstalter:

**Weltorganisation der Mütter
aller Nationen (W.O.M.A.N.)**
Gesprächsleitung: Regina Wagener
und Frieda Helene Walkenhorst

Café MüZe + Secondhandladen
Mo. - Fr. und Sonntag 9.30 - 12.30 Uhr

Dienstags auch 15 - 18 Uhr

Treffpunkt Bauchladen

Beratung und Hilfestellung
bei Schwangerschaft und Geburt

Dienstags 10 - 12 Uhr

Nähen, Flickern, Stopfen

Reparaturarbeiten an Klamotten

Dienstags 10 - 12 Uhr

SUSANNES OHRRING
Gökerstr. 39 Tel+Fax 31880

Neue
Mineralien
eingetroffen!
Bergkristallspitzen
Aquamarin
Rosenquarz
und vieles mehr

Durchgehend geöffnet
9.30 - 18.30; Sa. 9.30 - 13.00

Leserbriefe

Schaden durch ungenaue Begriffe

Was jetzt im vierten Jahr von der WZ als „Umweltschutz“ und als „Bürgerinitiative“ (die größte der Region) bezeichnet wird, trifft nicht die Realität. Umweltschutz ist *nicht*, ein paar Stunden eines Tages im Jahr den Müll einzusammeln, den andere weggeworfen haben. Umweltschutz ist, durch Einsicht etwas dazu beizutragen, dass die Erde auch noch für weitere Generationen bewohnbar bleibt: sich also etwa für Reduzierung von Energieverbrauch einzusetzen, damit die Erderwärmung verlangsamt wird; oder sich gegen die zu gefährliche Atomenergie zu stellen, weil der Abfall für die Generationen nach uns ein Problem sein wird; oder persönlich einfach wenig Energie zu verbrauchen; usw. usf.

Eine Bürgerinitiative ist auch *mehr*, als ein paar Stunden eines Tages Müll einzusammeln. Die „Aktion Müllsammeln“ wäre erst dann eine Bürgerinitiative, wenn sie das ganze Jahr über nicht nur Müll einsammelte, sondern versuchte, die Müllverbreiter von ihrem Tun abzubringen, damit das Problem gar nicht erst entstünde.

Was eine richtige Bürgerinitiative ist und was sie leistet, ist unschwer im Internet unter www.antiport.de zu erkennen.

Warum ich das schreibe? Weil es Folgen hat, wenn sich Müllsammler für Umweltschützer halten und, weil sie so viele sind, gleich für die „größte Bürgerinitiative der Region“. Die Folgen sind Missverständnisse darüber, was Umweltschutz ist. Als Mitglied der „größten Bürgerinitiative der Region“, wie die WZ schreibt, und als aktiver Umweltschützer (ein paar Stunden im Jahr) sehe ich doch gar nicht ein, dass ich nicht weiter Auto fahre, was das Zeug hält, nicht weiterhin unbekümmert in der Welt umherfliege, nicht weiter jedes elektrische Gerät kaufe, was es neu auf dem Markt gibt usw.

Ich hoffe deutlich gemacht zu haben, wie wichtig es ist, Begriffe richtig zu benutzen.

Johann Janssen, Klinkerstr. 47 A,
26388 Wilhelmshaven

*Liebe Gegenwind-Redaktion,
mit Verwunderung haben wir den Leserbrief von Herrn Oltmann in Ihrer Ausgabe vom Februar 2001 gelesen.*

Dort schrieb Herr Oltmann zum Thema „Neues von der Kampfhund-Front“. Zitat von Herrn Oltmann: „Auch das milde Urteil gegen den Halter des Hundes, der den 6-jährigen Vulkan in Hamburg tot biss (3,5 Jahre Gefängnis) zeigt, dass die gesamte Situation von der Politik recht überbewertet wird.“ Diese Aussage empfinden wir als zutiefst fragwürdig und geschmacklos, angesichts des tragischen Todes des von Hunden totgebissenen Jungen in Hamburg zu dem Schluss zu kommen, dass das milde Urteil gegen den Halter des Hundes ein nachlassendes Interesse der Politik erkennen lässt.

Darüber hinaus hat Herr Oltmann einige Angaben über die Rettungshundestaffel Wilhelmshaven-Friesland gemacht, die grundlegend falsch sind. Wir möchten deshalb diese Aussagen richtig stellen: Die Begleithundeprüfung, welche bei der Rettungshundestaffel Wilhelmshaven-Friesland abgelegt werden kann, ist eine VDH (Verband für das deutsche Hundewesen) Begleithundeprüfung, welche von VDH-Richtern abgenommen wird. Diese Prüfung ist voll anerkannt im Rahmen der Gefahrtierverordnung des Landes Niedersachsen. Außerdem besteht eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Ordnungsamt der Stadt Wilhelmshaven und der Rettungshundestaffel Wilhelmshaven-Friesland.

Mit freundlichen Grüßen,

Imke Sindern,

Pressestelle der BRH-Rettungshundestaffel
Wilhelmshaven-Friesland



Herausgeber: GEGENWIND-Verein
Postanschrift: GEGENWIND, Weserstr. 33
26382 Wilhelmshaven
Tel.: 04421/ 99 49 90
Fax: 04421 / 99 49 91

email: gegenwind.whv@t-online.de
Internet: <http://www.gegenwind-whv.de>

Redaktion: Uwe Brams, Erwin Fiege, Antje Jürgensen, Hannes Klöpfer (verantw. Redakteur), Anette Nowak, Thomas Sobel, Frank Tunnat, Imke Zwoch;

Druck: Beta-Druck Auflage: 5.000 Ex.
Bankverbindung: Volksbank Wilhelmshaven,
Kto.-Nr.: 500 355, BLZ 282 900 63

Der GEGENWIND erscheint nach Möglichkeit alle 4 Wochen (jeweils zum Monatsbeginn)

Erscheinungstag dieser Ausgabe: 28.03.2001
Red.-Schluß der nächsten Ausgabe: 23.04.2001

Wir bedanken uns bei den vielen Ungenannten, die durch ihre Mitarbeit, durch Informationen oder durch ihre Politik zum Erscheinen dieser Ausgabe beigetragen haben.

In unserer Internet-Ausgabe finden Sie weitere Leserbriefe und Informationen, die wir aus Platzmangel nicht abdrucken konnten

„Wir sind drin“- im Netz, verkündet das Info-Blatt der Frauenbeauftragten der Gemeinden Schortens und Wangerland sowie der Stadt Jever. Pünktlich zum 8. März, dem internationalen Frauentag, startete die Arbeitsgemeinschaft der Frauenbeauftragten Friesland-Nord ihren Internetauftritt.

Unter www.frauen-in-friesland.de wollen die Frauenbeauftragten Doris Fuhlboom (Schortens), Ivonne Erdmann (Jever), Claudia Rabenstein (Gemeinde Wangerland) und Brigitte Kückens (Varel) künftig ständig aktualisierte Informationen im Netz präsentieren. Hier können beispielsweise „aktuelle Themen und neue gesetzliche Regelungen, die die Gleichberechtigung von Mann und Frau berühren und betreffen“ (Info-Blatt der Frauenbeauftragten) abgerufen werden.. Mann/Frau erfährt „Skurriles über Erfräuliches“ (ebenda), Veranstaltungshinweise und Infos zu aktuellen Projekten in der Region. (ub)

Veranstaltungen und Termine der Arbeitsgemeinschaft der Frauenbeauftragten

Friesland-Nord:

Mittwoch, 02.05.01

Bürgerhaus Schortens 20.00 Uhr

„Wo bleibt unser Haushalts-Geld?“

Eine Einführung in die Geheimnisse eines kommunalen Haushaltsplanes

Schortenser Frauenkreis

„Als Frau allein leben“

Am zweiten Montag eines jeden Monats, 19.00 Uhr Interessierte können sich bei der Frauenbeauftragten der Gemeinde Schortens Doris Fuhlboom Tel. 04461/982-204 melden.

Schortenser Frauen-Arbeitskreis für Frauen aus aller Welt

- Alltagsorientierte Integrationsmaßnahmen für Frauen -

Jeder letzte Mittwoch im Monat um 15. 00 Uhr im Bürgerhaus Schortens

Schwangerschaft, Geburt, Familienplanung und Elternschaft

Beratung und Hilfestellung: Freitag vormittags im Büro der Schortenser Frauenbeauftragten, Oldenburger Straße 29

Vorherige Terminabsprache erforderlich beim Caritasverband Wilhelmshaven, Tel.: 04421/303993

MUSIKKNEIPE IM SÜDEN DER STADT
Mainstraße 22, Wilhelmshaven
Öffnungszeiten: tägl. ab 20.00 Uhr

Günstiges Baugeld

Zins p.a.: 5,49 % bei
100 % Auszahlung

Zinsfestschreibung: 10 Jahre
anfänglich effektiver
Jahreszins: 5,63 %

Weitere Konditionen auf Anfrage

Ihr Ansprechpartner:
Holger Janßen Tel.: 04421 / 81144



VERSICHERUNGSGRUPPE

WAHNSINNIGER FLÄCHENVERBRAUCH

GABRIELE IWERSEN BENENNT FEHLER, DIE (NICHT NUR, ABER AUCH) IN WILHELMSHAVEN GEMACHT WERDEN

(noa) Die SPD-Bundestagsabgeordnete unseres Wahlkreises, Gabriele Iwersen, hielt im Februar eine Rede im Bundestag, die unserer Meinung nach nicht unbedingt wörtlich, aber sinngemäß gleich auch im Rat der Stadt Wilhelmshaven gehalten werden sollte. Thema war die erschreckende Zunahme an Siedlungsflächen „*allen raumordnerischen Bemühungen zum Trotz*“. Wir fassen zusammen und beziehen die Kernpunkte auf Wilhelmshaven.

Die Siedlungsflächen wachsen „sehr viel schneller als die Bevölkerung, oder sogar umgekehrt: Die Bevölkerung ist rückläufig, das Siedlungsflächenwachstum aber immer weiter positiv. Und sie wachsen stärker an als die Zahl der Erwerbstätigen.“

Von 15 auf 38 Quadratmeter pro Einwohner wuchs in den letzten 40 Jahren im Westen die Wohnfläche, und im Zeitraster-tempo zieht der Osten nach. Zur Versiegelung von Flächen durch Wohnbebauung kam der Bau von Straßen und Parkplätzen: „Das Auto braucht zu Hause einen Stellplatz oder eine Garage, es braucht einen Stellplatz vor dem Arbeitsplatz, einen vor dem Einkaufszentrum, einen vor dem Theater. Überall werden Flächen gebraucht, nur um dieses verdammte Auto unterzubringen, bis hin zum Waldesrand, und alles muss natürlich maschinenreinigungsfähig sein.“

Allein in den letzten 10, 20 Jahren entstanden in Wilhelmshaven (bei sinkender Einwohnerzahl) mehrere völlig neue Stadtteile auf vordem unbebautem Land. Dies sind Flächen, die der Natur weggenommen wurden.

Zu den immer breiter werdenden Straßen kamen Standspuren und Parkbuchten, Flugplätze bekamen zusätzliche Startbahnen. Das verlief in den verschiedenen Teilen Deutschlands unterschiedlich schnell, aber: „Die Tendenzen sind überall gleich und das Ergebnis ist ein geradezu wahnsinniger Flächenverbrauch, der so einfach nicht weitergehen kann.“ 1997 betrug die Siedlungsfläche (damit ist die insgesamt zugebaute Fläche für Wohnen, Arbeiten, Mobilität und Freizeit gemeint) pro Einwohner schon 500 Quadratmeter (gegenüber 350 im Jahre 1950), und auch hier ist die Tendenz steigend.

Zu den neuen Stadtteilen führen neue Straßen, breite, schnelle Straßen.

„Als die Städte aus den Nähten platzten, setzte die Suburbanisierung ein. Die Umlandgemeinden wuchsen und wuchsen und wuchsen. Entstanden in den 60er und 70er-Jahren die Schlafstädte im Umland der Kernstädte..., so hat in den 80er-Jahren ein überproportionales Wachstum der Verkehrsflächen stattgefunden.“

Man zog nach Grafchaft und Sillenstede.

In den 90er-Jahren dagegen hat sich der Prozess der Suburbanisierung grundlegend geändert. ... Trotz umfangreicher Potenziale an baureifen Flächen in den Städten, also an innerstädtischen Gewerbebrachen, Konversionsflächen, Baulücken und dergleichen, wachsen in den Umlandgemeinden die Flächen für Arbeitsstätten, für Handel, für Dienstleistungen, für Industrie bis hin zur öffentlichen Verwaltung auf der bis dahin noch grünen Wiese.“

Auf einige der in Wilhelmshaven brachliegenden potenziellen Gewerbeflächen weisen wir in unserem Artikel über die „Soziale Stadt“ (siehe. S. 3) hin.

„Die niedrigen Baulandpreise, die gute Erreichbarkeit des Umlandes und zum Teil auch einfachere und schnellere Baugenehmigungen haben zu der für die Kernstädte geradezu bedrohlichen Entwicklung geführt. Jetzt ist es nicht mehr nur das Einkaufszentrum auf der grünen Wiese, das die Kaufkraft aus der Innenstadt abzieht, sondern ein vielfältiges Angebot an Arbeitsplätzen sowie an Wohn- und Freizeitparks. Die ganze gewerbliche Infrastruktur der Innenstädte droht dabei wegzubrechen.“

Die Marktstraße ist so ziemlich leergefegt, in der Innenstadt steht dem nur die Nordseepasssage entgegen. Einige Betriebe haben Wilhelmshavens Innenstadt bis Ende der 90er-Jahre verlassen (Elektronik-Reichelt, Eisen-Müller...) und sich auf bis dahin grünen Flächen angesiedelt.

„Kultur, Bildung und Tourismus allein können die Innenstädte nicht retten. Die Aufgaben der Städte, die ihnen zum Beispiel im System der zentralen Orte als Ober- oder Mittelzentrum zugewiesen sind, nämlich gegenüber dem Umland bestimmte Dienstleistungen zu erbringen, sind so nicht mehr zu erfüllen. Denn diese Kommunen, die Kernstädte, brauchen natürlich auch Bürger, die sich mit ihrem Wohnumfeld identifizieren und Handel, Wandel sowie ... ausreichend Steuerkraft am Leben erhalten. Das System der Suburbanisierung bewirkt natürlich auch, dass Steuerkraft abwandert.“

Zur Abwanderung aus Wilhelmshaven verweisen wir u.a. auf den Beitrag „Geisterstadt am Meer?“ in Gegenwind 166.

„Das klassische Instrument der Raumordnung, nämlich die Festlegung des städtischen Siedlungssystems durch die Landesentwicklungspläne, droht wirkungslos zu werden. ... Wenn diese Pläne nicht eingehalten werden, dann nützt das alles überhaupt nichts.“

Zu viele Abweichungen – natürlich im-

mer wirtschaftlich begründet – torpedieren die Aufgabenverteilung zwischen den zentralen Orten und ihren Verflechtungsbereichen. Jede Gemeinde schöpft ihre Planungshoheit aus, wägt sorgfältig ab, vergibt Baurechte über Baurechte, um steuerpflichtige Neubürger, Gewerbesteuerzahler und dergleichen zu gewinnen. Im benachbarten zentralen Ort sieht sie nur den Konkurrenten.“

Die „WZ“ schrieb im Zusammenhang mit der Planung und dem Bau der Nordseepasssage sinngemäß: „Oldenburg zittert vor Wilhelmshaven“. Die Gemeinde Schortens lässt jetzt schon Wohnungen für die eventuell zuwandernden Arbeitskräfte für den vielleicht hier entstehenden Containerhafen bauen. Die Wilhelmshavener Grünen stimmten der Hornbach-Ansiedlung auf einer zu Wilhelmshaven gehörenden grünen Wiese zu, damit nicht die Gemeinde Schortens diesen Fisch an Land ziehen konnte.

Mit Sicherheit wird uns dieses Thema weiterhin beschäftigen. □

KULTUR - KOMMUNIKATION

HOTEL KLING KLANG

WHV Zentrum
Börsenstr.73 / Ecke Mitscherlichstr
MUSIK FÜR DICH

**Frühstücken
Partys - Konzerte**

**Freitag, 6.4.
GLOOMY FRIDAY**
EBM - 80's - DarkWave - event

Donnerstag, 12. April
**JIM WAYNE
SWINGTETT**
Lo-Fi -Country-Band numero 1
Western-Swing zwischen Neil Young & Lagerfeuer

- KONZERT DES MONATS -

Oster-Sonntag, 16. April
KING PRAWN
HIP HOP meets SKA-PUNK -Crossover!!!
www.kingprawn.co.uk

Support: **DIRTFARM**

- KONZERT DES MONATS -

30. April
Rock-In-Den-Mai
Rock-In-Den-Mai
Rock-In-Den-Mai

In Vorbereitung:

11.5. SKIN OF TEARS
16.5. ROGER TRASH
"Der Erlebnismillionär" - Lesung+Musik

Immer auf dem Laufenden sein, mit den
KLING KLANG-eMail-News
Kurze eMail an KLINGKLANGINFO@AOL.COM
...und DU bist dabei !

